

Dresdner Volkszeitung

Verlag: Dresden
Sabon & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Verantwortl.: Sächs. Staatsbank, Dresden,
Bank der Arbeiter, Angestellten
und Beamten, A.-G., Dresden,
Verleger: Wendt, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Sitzungen irgendwelcher Art ist es durch oder ohne Einfluß höherer Gewalt, hat der Verleger der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückvergütung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Abonnementspreis: 120 Mark für ein Jahr, 60 Mark für sechs Monate, 30 Mark für drei Monate, 10 Mark für einen Monat. Einzelhefte 20 Pfennig. Fernabschluß: Dresden, Volkszeitung.

Schiffverteilung: Mittwochs 10. Fernsprecher Nr. 2521. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Winterplatz 10. Fernsprecher Nr. 2521 und 12707. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Abonnementspreis: Grundpreis: die 30 von dreizehn Monatsheften zu 20 Pfennig, die 30 von dreizehn Monatsheften zu 20 Pfennig, für auswärts zu 25 Pfennig, und 250 Pfennig Familienangehörigen, Stellen- und Verordnungen 40 Pfennig, für Fernlieferung 10 Pfennig.

Nr. 160

Dresden, Mittwoch den 11. Juli 1928

39. Jahrg.

Reaktion und Verfassungstag

Am Reichstag geht der Streit um den Nationalfeiertag. Im November wird die Republik ihr zehnjähriges Bestehen feiern können, aber den Feiertag der Republik haben wir immer noch nicht. Seit sechs Jahren steht er auf der Tagesordnung des Reichsrates und des Reichstages. Am Reichsrat hat sich eine Mehrheit gefunden, ob der Reichstag dasselbe Vergütungen haben wird, ist nach den geführten Debatten durchwegs fraglich.

Wir brauchen hier nicht lange darzulegen, warum der 11. August den nichtrepublikanischen Parteien unbehaglich ist. Er bleibt für sie der Geburtstag einer Verfassung, mit der nicht nur durch die monarchistische Gedankenwelt, sondern auch durch die Privilegien und Vorrechte, die die herrschenden Klassen im alten Deutschland behielten, ein verfassungsmäßiger Strich gemacht wird. In andern Ländern hat das Bürgerrecht mehr Sinn für solche Symbole. In der Schweiz, in Frankreich, in den Vereinigten Staaten ist der Nationalfeiertag aus der Geschichte nicht wegzudenken. In der Schweiz feiert man den 4. August, den Tag, an dem die Urkantone im Landvogt des Kaisers von Oesterreich befreiten. In Frankreich wurde am 14. Juli 1789 die Bastille gestürmt — ein Tag, der jenseits der Bogen zum Nationalfeiertag geworden ist. Im Hafen von New York steht die Freiheitsglocke. Sie wird am 4. Juli bekrönt, am „Tag der Unabhängigkeit“, da die junge amerikanische Kolonie dem störrischen England die Untertänigkeit und vor allem die Steuern verweigerte. In der Tschechoslowakei hat sich das Bürgerrecht im ersten Anlauf der Revolution sofort bereit gefunden, den 1. Mai zum Feiertag zu erheben.

Der deutschen Bourgeoisie steht der monarchistische Dujel in den Knochen. Die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei sind politisch über den 18. Januar nie ganz hinausgekommen. Damals, 1871, wurde Wilhelm I. zum deutschen Kaiser proklamiert. Das ist für die Schwarzweißrotten der Reichsgründungszeit, und heute, nach beinahe 60 Jahren, möchten sie ihn der deutschen Nation als Großfeiertag auszusuchen. Das alte Deutschland konnte sich beherrschen, es verzichtete auf derartige Heraushebung dieses Tages, zumal dem Ergebnis durch Bismarck gegen einen Teil des Bürgertums, gegen das Herkule Süddeutschland und die mobilisierenden Fürsten regelrecht „geschoben“ wurde. Heute wollen ihn die Ewiggestrigen sozusagen als Kaisergeburtstags-Feiertag.

Severing hat gestern im Reichstag dargelegt, warum nur der 11. August als Tag der ganzen Nation gewertet werden kann. Wir Sozialdemokraten klammern uns nicht mit Leidenschaft an einen solchen Feiertag, aber für die Republik ist es nicht gleichgültig, ob sie einen solchen Feiertag hat oder nicht. Für einen beträchtlichen Teil der Arbeiterschaft bedeutet allerdings jeder Feiertag eine neue finanzielle Belastung. Beamte und Angestellte in fester Stellung haben es in diesem Punkte leichter, weil sie ihre Bezahlung auch für Feiertage erhalten. Der Wochenlöhner dagegen spürt die Einbuße jedes Tages, und die christliche Kirche hat dafür gesorgt, daß er durch ihre Festtage hindurchenden Lohnausfall hat. Die Sozialdemokratie würde ausreichen den Lohnausfall gern religiöse Feiertage, wie Karfreitag, Fasttag oder Simmelfahrt, streichen, damit Feiertage zeitnäheren Inhalts von den arbeitenden Massen ohne Schaden hingenommen werden könnten, aber zu solchen Regelungen haben die Arbeiterparteien vorläufig die Macht. Und eine Mehrheit für den Verfassungstag käme im Reichstag bestimmt nicht zusammen, wenn ihn die Unternehmer bezahlen wollten.

Sollen wir unter diesen Umständen auf einen republikanischen Feiertag verzichten? Das wäre falsch und wäre mangelnder Sinn für das Vorwärtswende freibürgerliche Feiertage. Wenn uns auch der 11. August nie daselbe sein kann wie der 1. Mai oder der 9. November, Tage der proletarischen Revolution und des Sozialismus, so bleibt doch nichtdestoweniger der Geburtstag der Weimarer Verfassung ein wichtiger geschichtlicher Augenblick, von dem unsere Arbeiter heute noch wünschen, daß sie ihn nie erlebt hätten. Es ist es der Sozialdemokratie, diesen Tag aus den übrigen herauszuheben, so ist das ein Sieg über die deutsche Reaktion und wird im Inland und im Ausland so empfunden werden.

Für den 11. August

D. Berlin, 11. Juli. (Eig. Funkspruch.) Das am Dienstag im ganzen Reich veranstalteten Kundgebungen des Reichstages zur Einführung des 11. August als geschichtlichen Feiertages verteilte überall unter außergewöhnlich zahlreicher Beteiligung eine Broschüre. In Berlin waren Tausende und aber Tausende von Auf der Veranstaltung gefolgt, trotzdem die Aufforderung zu der Kundgebung erst 24 Stunden vorher ergangen war.

Der polnisch-litauische Konflikt

Die Wilnafrage noch immer ungeklärt

O. Warschau, 10. Juli. (Eig. Draht.)

Polen hat der litauischen Regierung am Dienstag im Zusammenhang mit den plötzlich abgebrochenen polnisch-litauischen Verhandlungen in Kowno eine Note überreichen lassen, die in ausführlicher Form auf den Standpunkt Litauens bezüglich der Sicherheitsfrage eingeht. In der Note wird die Erwartung ausgesprochen, daß Litauen seinen Standpunkt revidieren werde, zumal er mit der Anschauung des Völkerbundes nicht vereinbar sei. Falls diese Vermutung falsch sei, sei Polen gezwungen, das Scheitern der polnisch-litauischen Verhandlungen dem Völkerbund mitzuteilen.

In den Konflikt zwischen Polen und Litauen spielen weitreichende internationale politische Gegensätze hinein. Es wäre aber falsch, in diesen Gegensätzen den Grund des Konfliktes zu suchen, wie das beispielsweise in Warschau geschieht, wo man gern die deutsche und die russische Regierung beschuldigt, durch Einflüsse in Kowno eine polnisch-litauische Verständigung zu verhindern. In Wirklichkeit ist der tiefere Grund dieses Konfliktes der Streit um Wilna. Die jüngste Woge der polnisch-litauischen Verhandlungen in Kowno zeigt dies ganz deutlich. Hier hat die gegensätzliche Auffassung beider Teile über die Wilnafrage zu einer Stockung der Verhandlungen geführt, die die Warschauer Regierung veranlaßt hat, schärfere Töne anzuschlagen.

Als der Völkerbund Ende vorigen Jahres auf die Intervention mehrerer Mächte hin die Vermittlung in dem polnisch-litauischen Konflikt übernahm, hat er in seiner Schlussfassung eine klare Stellungnahme über die Wilnafrage vermieden. Das machte es beiden Teilen möglich, bei den Verhandlungen — die Ende März in Königsberg aufgenommen wurden, ihren Standpunkt festzuhalten. Für Polen war das insofern leicht, als es im Besitz Wilnas ist und daher bei einer Verständigung mit Litauen keine grundsätzlichen Zugeständnisse zu machen braucht. Litauen dagegen hält seinen Anspruch auf Wilna aufrecht. Bis in die jüngste Zeit hinein, beispielsweise bei der Kundgebung zur Jahresfeier Litauens, ist dieser Anspruch in sehr scharfer Form immer wieder zum Ausdruck gebracht worden. Litauen steht dementsprechend theoretisch auch auf dem Standpunkt,

daß eine Verständigung mit Polen überhaupt nur möglich ist, wenn Polen Wilna zurückgibt oder doch mindestens die Wilnafrage als ungelöst beiseite läßt. Es liegt auf der Hand, daß unter solchen Umständen eine polnisch-litauische Verständigung überhaupt auf die schwersten Hindernisse stößt.

Polen liegt aber sehr viel an einer solchen Verständigung. Bei den Königsberger Verhandlungen hat die polnische Delegation in sehr toleranter Weise die in der Form zwar zurückhaltenden, in der Sache aber sehr scharfen Meinungen von Woldemarow über die litauischen Ansprüche auf Wilna mit angehört, ohne darauf zu reagieren. Allerdings hat man die litauische Forderung dann im Laufe der Verhandlungen sehr geschickt dadurch variiert, daß man eine polnische Gegenrechnung aufmachte.

Der hartnäckige Woldemarow hat sich bisher im ganzen als ein nicht ungeschickter Taktiker erwiesen. Er hat die Verhandlungen immer soweit gehen lassen, als es nötig war, um eine neue Intervention des Völkerbundes zu vermeiden. Dieses Spiel dürfte sich aber nicht immer weiter treiben lassen. Schon bei der letzten Tagung des Völkerbundes wurden recht scharfe Stimmen gegen das Verhalten Litauens laut, vor allem von englischer Seite, da England an der polnisch-litauischen Verständigung besonders interessiert ist. Von London aus verfolgt man nach wie vor das alte Projekt, einen Wall der Hindernisse gegen die bolschewistische Gefahr zu errichten, was im Wesen mit dem polnischen Plane eines Nordstaatenbundes unter polnischer Führung zusammenfällt. Sollte daher, wie es die polnische Note drohend andeutet, die polnisch-litauische Frage nochmals vor den Völkerbund gelangen, so sind die Aussichten Litauens auf eine ihm günstige Stellungnahme des Völkerbundes recht gering. Man muß dann vielmehr in Kowno damit rechnen, daß der Völkerbund eine energische Sprache führen und Prestitionen aussenden wird. Ob es Woldemarow darauf ankommen lassen wird, ist fraglich. Er wird wohl nach seiner alten Taktik versuchen, die Verhandlungen weiter zu führen, aber ein Ergebnis von einiger Bedeutung zu verhindern. Da bis zum September noch einige Monate Zeit sind, hat er noch mancher Möglichkeiten, die neueste polnische Note durch Gegenäußerungen und Gegenschläge zu parieren.

Sowjetparadies

Fünf Todesurteile bereits vollstreckt

D. Berlin, 11. Juli. (Eig. Funkspruch.)

Das Zentralkomitee der Sowjetunion hat in der Nacht vom Montag zum Dienstag fünf der im Dones-Prozess angeklagten Todesurteile durch Erschießen vollstrecken lassen. Hingerichtet wurden die Ingenieure Gorleki, Sojarin, Kerschichanowski, Jussuwitsch und Budny. Die andern zum Tode verurteilten Angeklagten wurden zu zehn Jahren Gefängnis begnadigt. Es ist bezeichnend, daß die Sowjetregierung die Namen der begnadigten Personen ver-

öffentlicht, während sie die Namen der andern Verurteilten verschweigt, als interessiere sich kein Mensch dafür.

Der Vorwärts schreibt zu dem neuesten bolschewistischen Verbrechen:

Der bis zuletzt gehofft hatte, die Sowjetregierung würde nicht wagen, auch dieses Aufrührerbüchlein auf sich zu laden, der überließ dabei eines: Es mußte stat finden. Die Staatsraison verlangte es. Sie verlangte ein paar russische Leichen, ebenso wie sie wegen der unterbrochenen Wirtschaftsverhandlungen den Preisbruch der zwei Deutschen Meyer und Otto verlangte.

Das Rechte Stalins ließ es nicht zu, daß dieser Prozeß abgeschlossen wurde, ohne eine Gegenleistung auf ein paar verhaftete Ingenieure abzufragen. Wenn man fünf Monate lang den russischen Arbeitern eingezedet hat, die Sowjetwirtschaft werde durch die Sozialpolitik im Dienste der ehemaligen Besitzer und des polnischen Generalstabs ruiniert, wenn man fünf Hunderte von Resolutionen verbreiten läßt, in denen Todesurteile gefordert werden, wenn man Zehntausende von Arbeitern nach Moskau gratis befördern läßt, um dem Verichtschauspiel im größten Theaterhaus der Stadt beizuwohnen, wenn man einen Prozeß in eine politische Propagandafestsetzung gießen will, dann muß dabei auch etwas herauskommen.

Im Blutrausch, den die fünf Erschießungen zuerz erzeugen wird, werden die russischen Arbeiter vergessen, daß sie sich nach Brot anstellen müssen, daß Rußland, der größte Kornzeuger des alten Kontinents, zur Zeit Masseneinkäufe von Getreide in den kapitalistischen Ländern abschließt, um bis zur Ernte die städtische Bevölkerung notdürftig ernähren zu können. Es mußten einige Sündenböcke geschlachtet werden, um das russische Proletariat darüber hinwegzutäuschen, daß das Sowjet-system wirtschaftlich versagt.

H. Rigo, 11. Juli. (Eig. Funkspruch.)

In Moskau beginnt heute vor dem obersten Gericht ein Prozeß gegen den höchsten deutschen Staatsangehörigen Barisch wegen konterrevolutionärer Tätigkeit. Der Angeklagte wird der Umgehung des Kupferhandelsmonopols und der Besteuerung beschuldigt. Wie verlautet, sind in den Prozeß mehrere schwedische Firmen verwickelt. Barisch war bereits vor dem Kriege in Charlottas anständig und leitete dort nach dem Kriege die staatliche Betriebsgesellschaft für landwirtschaftliche Maschinen.



Ansprache an die Verurteilten im Schachtj-Prozess

Die Todesstrafe ist bekanntlich bei uns abgeschafft. Sie werden also nicht gehängt, sondern nur erschossen.